

Flüchtlingspolitik

Solidarität und Willkommenskultur statt Angstmache und Abschiebungen!

Seit Monaten gibt es auch in Essen eine Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen. Sowohl das ehrenamtliche Engagement als auch die Arbeit städtischer Mitarbeiter stößt jedoch durch die gescheiterte Flüchtlingspolitik der Bundesregierung immer wieder an Grenzen, auch der Belastbarkeit. Letztlich muss eine hoch verschuldete Stadt wie Essen jeden außerplanmäßig ausgegebenen Euro für die Betreuung von Flüchtlingen an anderer Stelle wieder einsparen, weil sie nicht mehr Geld ausgeben darf.

Anstatt den Kommunen in dieser schwierigen Situation jede nötige Unterstützung zukommen zu lassen, wälzen Bund und Land die Lasten der Flüchtlingskrise ohne Rücksicht auf die Kommunen ab. Das beginnt mit der Weigerung, den Kommunen 100 Prozent der Ausgaben für Flüchtlinge zu erstatten. Der massive Stellenabbau der letzten Jahre von fast 700 Vollzeitstellen wirkt nun wie ein Bumerang. Er führt nicht nur zur Überlastung der Beschäftigten, sondern fördert auch Konkurrenz und Spaltung, wenn Bürgerämter ihr Angebot reduzieren oder die Belange von Hartz-IV-Beziehern mit der Begründung auf die lange Bank geschoben werden, man habe wegen der Flüchtlinge nicht genügend Personal.

Dubiose Immobilienbesitzer aber auch „seriöse“ Unternehmer versuchen aus der Flüchtlingskrise Profit zu schlagen. Schon fordern verschiedene Unternehmensverbände, man müsse den ohnehin unzureichenden Mindestlohn wieder abschaffen oder senken – angeblich, um dadurch Flüchtlinge in Arbeit zu bringen.

Anstatt alle Kräfte und Mittel darauf zu konzentrieren, dass die Kommunen die großen Herausforderungen schultern können, flüchtet sich die Bundesregierung in eine weitere massive Einschränkung des Asylrechts. Die Drohung mit unangekündigten Abschiebungen versetzte zehntausende Flüchtlinge in Angst und Schrecken. Anstatt Fluchtursachen zu bekämpfen, werden durch steigende Waffenexporte in Krisengebiete täglich neue Fluchtgründe geschaffen. Geradezu zynisch ist da der Versuch der Regierung, Afghanistan quasi zum „sicheren Herkunftsland“ zu erklä-

ren, in das man Flüchtlinge bedenkenlos „zurückführen“ könne. In „Transitzonen“ genannten Masseninternierungslagern sollen die Flüchtlinge für die Abschiebung zusammengepfercht werden. Das Scheitern der Flüchtlingspolitik steht dabei auch für das Scheitern der EU, die statt eines solidarischen Verhaltens eine Abwälzung der Lasten auf gebeutelte EU-Länder wie Griechenland betreibt.

„Essen steht AUF“ fordert die volle Übernahme aller nötigen Kosten durch Bund und Land und die Lockerung des Spardiktats gegenüber der Stadt, damit z.B. genügend Per-



Flüchtlinge besuchen Montagsdemo in Essen

sonal eingestellt werden kann. Von Ländern und Kommunen müssen alle Möglichkeiten mobilisiert werden, leer stehenden Wohnraum für ALLE Bedürftigen schnellstens verfügbar zu machen.

Was wir brauchen, ist ein „Sozialwohnungsbau-Beschleunigungsgesetz“ und kein menschenverachtendes „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“!

Gemeinsam mit Flüchtlingsorganisationen und Sozialverbänden fordern wir die Rücknahme dieses neuesten Anschlags auf das Asylrecht.

Das Beispiel Kobanê: Solidarität mit dem kurdischen Freiheitskampf

Die kurdische Stadt Kobanê im Norden Syriens ist das Symbol eines erfolgreichen Kampfes für Demokratie und Selbstbestimmung

und gegen den faschistischen „Islamischen



Staat“ (IS). Nach der Vertreibung des IS durch kurdische Freiheitskämpfer steht nun der Wiederaufbau der völlig zerstörten Stadt im Mittelpunkt. 170 Teilnehmer von internationalen Solidaritätsbrigaden bauen derzeit gemeinsam mit der kurdischen Bevölkerung ein großes Gesundheits- und Sozialzentrum für die Stadt auf. Organisiert wird das Ganze von der revolutionären Weltorganisation ICOR.

Die internationale Ausstrahlung des Wiederaufbaus von Kobanê hat bereits zehntausende von Flüchtlingen dazu ermutigt, in ihre Heimat zurückzukehren.

Unterschreiben Sie die Petition für einen humanitären Korridor von der Türkei nach Kobane: www.openpetition.de/petition/online/oeffnet-die-grenze-kobane-muss-leben

Gesundes Misstrauen gegen angstmachende Lügen und Gerüchte!

In der Debatte um die Flüchtlingspolitik ist Angst ein schlechter Ratgeber. Sie schürt Vorurteile und Neid, fördert Spaltung und verhindert Solidarität. Gezielt werden von Nazis, Pegida, AfD-Leuten und anderen über das Internet übelste Gerüchte und Lügen über Flüchtlinge verbreitet, um Ängste zu schüren.

Da ist z.B. die haarsträubende Geschichte über Ziegen, die angeblich aus einem Streichelzoo in Erfurt geklaut und geschächtet wurden. Obwohl dieses Schauermärchen längst widerlegt ist, wird es weiter verbreitet. Weiter werden zahlreiche Gerüchte über Massendiebstähle und Vergewaltigungen von rechten Netzwerken in Umlauf gesetzt, allesamt erstickt und erlogen. In der Panorama-Sendung am 29.10. wurde ein AfD-Politiker einer solchen Lüge überführt.

Besonders häufig wird die Lüge aufgetischt, Flüchtlinge würden mehr Geld bekommen als Hartz-IV-Empfänger. Zu dieser „Erkenntnis“ kommen rechte Hetzer, indem sie z.B. die 670 Euro, die der Bund den Ländern pro Flüchtling und Monat bezahlt, dem Hartz-IV-Satz von 399 Euro gegenüber stellen. Was die Flüchtlinge in die Hand bekommen, ist jedoch lediglich ein Taschengeld von 138 Euro – wenn sie nicht mit Sachleistungen abgepeist werden.



Unter diesem Motto erlebte der Stadtteil Kray am 17. Oktober einen lauten und kämpferischen Protest gegen die PCB-Vergiftung durch die dortige Fa. Richter, die mitten im Wohngebiet Schredderanlagen betreibt. 250 betroffene Anwohner und Umweltschützer demonstrierten dagegen. Gefordert wird die Stilllegung der Anlagen, bis bewiesen ist, dass der Stadtteil nicht vergiftet wird – durch komplette Einhausung oder Verlagerung. „Essen steht AUF“ war vor Ort und kritisierte die Stadt Essen, die seit Jahren nur warnt, aber nichts dagegen unternimmt – (gift)grüne Hauptstadt Europas?

VW macht Umweltzone zur Farce

Was war man stolz, in Essen und drum herum die größte Umweltzone Deutschlands errichtet zu haben! Tausende Bürger mit älteren Fahrzeugen wurden praktisch enteignet. Die Ergebnisse bei Feinstaub sind allerdings minimal, weil man so die Hauptverursacher, die Industrie, Kraftwerke und Müllverbrennungsanlagen unangetastet lässt.

Anders bei den Stickoxiden (NOx): An praktisch allen Messpunkten liegen sie weiter teils weit über den Grenzwerten, sorgen in Essens Straßen für Atembeschwerden, Asthma u.a.. Dafür steht der VW-Betrug mit manipulierten Messwerten bei Dieselmotoren, die gegenüber dem Abgastest

im Fahrbetrieb 20mal mehr NOx ausstoßen. Seit Jahren und mit beträchtlicher krimineller Energie führt VW die laschen Umweltbestimmungen so ad absurdum. Und nicht nur VW. Messungen im Fahrbetrieb führten bei Opel-Modellen zu ähnlichen Ergebnissen. Erwartet wird, dass kaum ein PKW-Diesel die EU-Grenzwerte einhält.

Müssten diese Werte nicht sofort gefordert und eingehalten werden? Von wegen. Bis 2021 sollen Überschreitungen um mehr als das Doppelte zulässig sein – zum Nutzen der Abgasbetrüger, zum Schaden der Gesundheit. Das ist abzulehnen. Zu fordern sind abgasarme oder abgaslose Antriebe, die Technik gibt es längst. Dann sind Umweltzonen wirklich überflüssig.



Am Sonntag, 15. November, von 11.00 – 13.00 Uhr findet zur Flüchtlingspolitik ein Kommunalpolitisches Frühstück von „Essen steht AUF“ statt im Courage-Zentrum, Goldschmidtstr. 3, Essen-Ostviertel. Thema der politischen Diskussionsveranstaltung ist die Herausforderung der Flüchtlingskrise sowie aktuelle Fragen der gesellschaftlichen Polarisierung zwischen Willkommenskultur und subtilen Ängsten, die zunehmend geschürt werden: Herzliche Einladung!

Protest gegen NATO-Kriegsplaner in Essen

Das in Kalkar ansässige "Joint Air Power Competence Centre" (JAPCC) der NATO wird in Essen vom 23. bis zum 25. November eine Konferenz über "Luftkriegsführung und strategische Kommunikation" veranstalten. Die von führenden deutsch-europäischen Rüstungskonzernen gesponserte Tagung richtet sich an "Führungskräfte" und "Entscheider" aus Politik, Militär, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft. Erklärtes Ziel der Konferenz ist es, Methoden zu erarbeiten, mit denen "öffentliche Unterstützung" für Kriegooperationen der NATO vor allem mit Luftschlägen und Drohnenangriffen sicher gestellt, aber auch "feindliche Medienarbeit" - z.B. der Friedensbewegung - gekontert werden kann. Insbesondere soll dabei nach Wegen gesucht werden, die breite Ablehnung der Drohnen-Kriegsführung aufzubrechen.

„Essen steht AUF“ unterstützt den Protest gegen diese NATO-Kriegsplaner. Ein breites Bündnis ruft zu einer Demonstration auf

am Samstag, 21. November, um „drei vor zwölf“ Uhr ab Hirschlandplatz.



Termine

Jeden Montag, 18 Uhr auf der Porschekanzel: Essener Montagsdemo gegen Hartz IV

Mittwoch, 18. November 2015, 19-21 Uhr „Strategische Kommunikation“, Hintergründe der NATO-Konferenz in Essen Volkshochschule, Burgplatz 1, Eintritt frei

Samstag, 28. November., 12 Uhr „Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen“, Kundgebung mit offenem Mikrophon, Musik, Tanz und Demonstration vor der Münsterkirche (Dom), Nähe Burgplatz

Samstag, 12. Dezember 2015, 15 Uhr Jahresabschlussfeier von „Essen steht AUF“ Courage-Zentrum, Goldschmidtstraße 3

Mittwoch, 13. Januar 2016, 19 Uhr Stammtisch des Bezirksteams Nord von „Essen steht AUF“ Gaststätte Bückmannsmühle, Schonnefeldstraße 86, 45326 Essen

ESSEN STEHT AUF
Goldschmidtstr.3, 45127 Essen
vorstand@essen-steht-auf.de
Tel. 0201-45862613 oder 0201-323800
ViSdP Dietrich Keil, Bonifaciusstr. 257, 45309 Essen

